



Nr. 15

Berlin, 17. April 2013

Inhalt

[dbb zu Pensionsentwicklung: Falsche Behauptungen+++](#)
[Tarifeinigung für hessischen Landesdienst: - Russ: Mit 5,6 Prozent plus hält Hessen Anschluss+++](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[dbb mv verhandelt weiter um Übertragung des Tarifabschlusses 2013 auf die Beamtenschaft+++](#)
[tbb bedauert verzögerte Übernahme des Tarifergebnisses auf Landesbeamte+++](#)
[dbb Landeschef in Sachsen-Anhalt warnt im Gespräch mit dem Finanzminister vor Auseinanderdriften der Besoldung+++](#)
[DSTG-Chef kritisiert Rabattverhandlungen Reicher bei Kirchensteuer: Konfessionsdatei wird wegen Personalmangels nicht aufgebaut+++](#)

[Namen und Nachrichten+++](#)

aktuell

dbb zu Pensionsentwicklung: Falsche Behauptungen

(dbb) Der dbb hat Medienberichte zurück gewiesen, wonach die Versorgungsbezüge von Beamtinnen und Beamten in den letzten Jahren fast doppelt so hoch gestiegen sein sollen wie Renten. Die „Bild“-Zeitung hatte dies in ihrer Ausgabe vom 16. April 2013 behauptet. „Dieser Beitrag ist eine Ansammlung boulevardesker Halbwahrheiten“, kritisierte der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt in Berlin. Derlei tendenziöser Desinformation trete der gewerkschaftliche Dachverband entschieden mit objektiven Fakten entgegen:

„Wahr ist, dass die Versorgungsanpassungen der Beamten in den letzten Jahren geringer ausfallen als in der gesetzlichen Rente. Darüber hinaus sind die gleichgerichteten, niveaubesenkenden Reformmaßnahmen für die Beamten bereits durchgeführt worden, während Schritte davon in der gesetzlichen Rentenversicherung noch ausstehen“, stellte der dbb Chef klar, dies hätten zuletzt zwei Berichte des Bundesministeriums des Innern umfassend bestätigt. „Der vom Statistischen Bundesamt festgestellte und von „Bild“ zitierte Anstieg der durchschnittlichen Versorgungsbezüge beruht überwiegend darauf, dass der relative Anteil an Beamten der höheren Besoldungsgruppen im Ruhestand ansteigt. Eine Pauschalisierung dessen ist genauso falsch wie die Behauptung, dass die Versorgungsbezüge der Länderbeamten in jüngster Zeit stärker gestiegen sind als beim Bund. Zudem hat der Bund via Nullrunden 2005, 2006 und 2007 schmerzliche Einbußen für die Versorgungsempfänger verfügt, die Betroffenen müssen Medienberichte wie den heutigen als Schlag ins Gesicht empfinden“, sagte Dauderstädt.

Abschließend wies der dbb Chef auf weitere grundlegende Fakten im Zusammenhang mit der Beamtenversorgung hin:

- Beamte haben ein hohes Qualifikationsniveau (etwa zwei Drittel mindestens Fachhochschul-

abschluss) mit selbstverständlichen Konsequenzen für die Einkommensdurchschnitte.

- Beamte haben in aller Regel einen vollständigen Erwerbslebenslauf - in die Rentenstatistik fließen aber auch nur vorübergehende oder geringfügige Beschäftigungsverläufe vollständig ein.
 - Entgegen vergleichbaren tariflich Beschäftigten im öffentlichen Dienst und in der Privatwirtschaft erwerben Beamte keine zusätzlichen Altersversorgungsansprüche (Betriebsrenten).
 - Anders als die Rentenversicherung kennt die Beamtenversorgung keine Bemessungsgrenzen für Beiträge und damit letztlich auch Leistungshöhe.
 - Die Vergleiche beruhen auf Bruttoangaben; Versorgungsbezüge werden bis zum Jahr 2040 deutlich höher besteuert als Renten.
 - Ruhestandsbeamte müssen aus ihren Bezügen die Kosten der beihilfefunktionären privaten Kranken- und Pflegeversicherung bestreiten.
 - Die Beamtenversorgung beruht auf dem verfassungsrechtlich verbürgten Alimentationsprinzip und hat zugleich qualitätssichernde Funktion für den öffentlichen Dienst.
- (01/15/13)

Tarifeinigung für hessischen Landesdienst: - Russ: Mit 5,6 Prozent plus hält Hessen Anschluss

(dbb) Die über 50.000 hessischen Landesbeschäftigten erhalten in den kommenden 24 Monaten ein Einkommensplus von insgesamt 5,6 Prozent. Darauf einigten sich Gewerkschaften und Arbeitgeber am 16. April 2013 in Wiesbaden. „Mit diesem Ergebnis hält Hessen Anschluss an die Tarifentwicklung im öffentlichen Dienst der übrigen Länder“, begrüßte dbb Verhandlungsführer Willi Russ den Tarifabschluss.

Für die ersten sechs Monate in 2013 bekommen die Arbeitnehmer eine Einmalzahlung in Höhe von 450 Euro. Zum 1. Juli 2013 steigen

die Gehälter um 2,8 Prozent. Für die ersten drei Monate in 2014 folgt eine weitere Einmalzahlung von 225 Euro. Zum 1. April 2014 wer-

den die Gehälter erneut um 2,8 Prozent angehoben. Auszubildende erhalten ab 1. Januar 2013 dauerhaft 50 Euro mehr, zum 1. Januar 2014 steigen ihre Vergütungen um drei Prozent.

Außerdem erreichten die Gewerkschaften die Zusicherung von 30 Urlaubstagen für alle Beschäftigten. Vereinbart wurde auch eine Übernahmegarantie für die Auszubildenden: Bei vorausgesetztem Bedarf werden alle nach bestandener Abschlussprüfung für zwölf Monate übernommen – im Anschluss bei entsprechender Bewährung unbefristet. Die Laufzeit des neuen Tarifvertrags endet am 31. Dezember 2014.

dbb fordert zeit- und inhaltsgleiche Übertragung auf Landes- und Kommunalbeamte

dbb Verhandlungsführer Russ forderte das Land auf, „unverzüglich die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses auf

die Landes- und Kommunalbeamten in die Wege zu leiten“, und machte klar: „Abstriche oder Deckelungen à la Nordrhein-Westfalen oder Rheinland-Pfalz werden wir nicht akzeptieren.“

Russ sprach sich zudem für eine Rückkehr Hessens in die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) aus: „Vor dem Hintergrund, dass die heutige Einigung wieder einmal das zuvor mit der TdL erzielte Ergebnis abbildet, macht der ‚hessische Sonderweg‘ keinen Sinn mehr.“ Angesichts der zunehmenden Schwierigkeit, qualifizierten und motivierten Nachwuchs für den öffentlichen Dienst zu gewinnen, seien einheitliche Einkommens- und Beschäftigungsbedingungen als Attraktivitätsmerkmal von ausschlaggebender Bedeutung, so Russ. „Deswegen sollte die Landesregierung ihrer Verantwortung gerecht werden und vernünftigerweise umgehend in die funktionierende Verhandlungsgemeinschaft zurückkehren.“ (02/15/13)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

dbb mv verhandelt weiter um Übertragung des Tarifabschlusses 2013 auf die Beamtenschaft

(dbb) „Kein Grund zum Jubeln“, so der Kommentar, den der Vorsitzende des dbb mecklenburg-vorpommern (dbb mv) Dietmar Knecht am 15. April 2013 in Schwerin nach Abschluss eines Beteiligungsgespräches im Finanzministerium zur Übertragung des Tarifabschlusses auf die Landes- und Kommunalbeamten verlauten ließ. „Es liegt ein durchaus verhandlungsfähiges Angebot vor, an dem wir beim nächsten Zusammentreffen mit der Finanzministerin am 19. April weiterfeilen werden. Unklar sind immer noch die Feuerwehrzulage sowie die 30 Tage Urlaub für alle.“

Wie der dbb mv weiter mitteilt, sieht ein Vorschlag der Landesregierung zum 1. Juli 2013 eine zweiprozentige Besoldungs- und Versorgungserhöhung sowie einen Sockelbetrag in Höhe von 25 Euro vor. Weitere zweiprozentige Erhöhungsschritte seien jeweils zum 1. Januar 2014 und zum 1. Januar 2015 vorgesehen. Ein weiterer Vorschlag beinhalte eine 2,45-prozentige Erhöhung der Besoldung für Besoldungsgruppen bis A 10 zum 1. April 2013, ab A 10 zum 1. Juli 2013. Weitere zweiprozentige Erhöhungsschritte sind jeweils zum 1. Januar 2014 und zum 1. Januar 2015 vorgesehen, wobei von allen Erhöhungen die 0,2-prozentige

Beteiligung zur Versorgungsrücklage bereits abgezogen sind.

Nach Auffassung des dbb mv decken beide Vorschläge im Jahr 2013 nicht einmal den Inflationsausgleich und bedeuten eine nach Grundgesetz verbotene Abkoppelung von der allgemeinen Einkommensentwicklung: „Die Landesregierung verlässt damit nach den erfolgreichen Besoldungsrunden 2009 und 2011 die selbst zum Ziel erklärte Kontinuität und Verlässlichkeit gegenüber ihrem Personal. So kann man sein Personal nicht motivieren“, kritisierte dbb Landeschef Knecht. „Verbunden

mit den noch laufenden Personalabbaukonzepten, dem steigenden Durchschnittsalter und der weiteren Arbeitsverdichtung begibt man sich auf dünnes Eis. Wir werden die weitere Beteiligung und die Begleitung des Gesetzge-

bungsverfahrens mit den Landtagsfraktionen nutzen, um Verbesserungen des Angebots zu erreichen.“
(03/15/13)

tbb bedauert verzögerte Übernahme des Tarifergebnisses auf Landesbeamte

(dbb) Mit Bedauern hat der Thüringer Beamtenbund tbb die Ankündigung des Landesfinanzministers aufgenommen, das Tarifergebnis inhaltsgleich, aber zeitversetzt erst zum 1. Oktober 2013 und zum 1. August 2014 auf die Beamtinnen und Beamten in Thüringen zu übertragen.

„Dass mit dem heutigen Kabinettsbeschluss eine zwar inhalts-, nicht aber zeitgleiche Übertragung der Tarifergebnisse auf den Beamtenbereich beschlossen wurde, ist bitter und für die Kolleginnen und Kollegen nur schwer vermittelbar“ sagte der tbb Vorsitzende Helmut Liebermann am 16. April 2013 in Erfurt. Liebermann hatte bereits im Vorfeld des Beschlusses gegenüber allen politisch Beteiligten und der Öffentlichkeit die Überzeugung vertreten, dass eine Konsolidierung des Thüringer Landeshaushalts zu Lasten einer einzigen Berufsgruppe systemwidrig sei.

Das Kabinett hatte in seiner Sitzung vom 16. April beschlossen, dass das Tarifergebnis für die Beschäftigten, die unter den TV-L fallen, zwar inhaltsgleich, aber nicht zeitgleich auf die Thüringer Beamtinnen und Beamten des Landes und der Kommunen übertragen wird. Es ist beabsichtigt die erste Anpassung in Höhe von 2,65 Prozent erst zum 1. Oktober 2013 und die zweite Anpassung in Höhe von 2,95 Prozent erst zum 1. August 2014 zu realisieren, abzüglich der Versorgungsrücklage von 0,2 Prozent.
(04/15/13)

dbb Landeschef in Sachsen-Anhalt warnt im Gespräch mit dem Finanzminister vor Auseinanderdriften der Besoldung

(dbb) Finanzminister Jens Bullerjahn und der dbb Landesvorsitzende in Sachsen-Anhalt, Maik Wagner, sind am 10. April 2013 zu einem Vier-Augen-Gespräch zusammengekommen. Die Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamten und Versorgungsempfänger in Sachsen-Anhalt und die Personalentwicklung in der Landesverwaltung waren die beiden zentralen Themen des Meinungsaustausches. dbb Landeschef Wagner forderte neben der inhaltsgleichen auch eine zeitgleiche Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten des Landes und der Kommunen.

„Schaue ich mir die Entwicklung in den Ländern an, stelle ich mit Sorge ein Auseinanderdriften der Besoldung fest. Bei der Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamten gibt es je nach Haushaltslage inzwischen gravierende Unterschiede zwischen den Bundesländern hinsichtlich des Zeitpunktes, der Höhe und des Geltungsbereiches der Besoldungsanpassung. Hier bestätige sich einmal mehr, dass die Föderalismusreform nicht zu einer Verbesserung der Besoldungsbedingungen geführt hat“, argumentierte Wagner.

Der dbb Landesvorsitzende hinterfragte auch kritisch den Kurs der Landesregierung, am Stellenabbau in der Landesverwaltung konse-

quent festzuhalten. Nach der Kabinettsvorlage zum Haushalt 2014 und zur mittelfristigen Finanzplanung 2013 bis 2017 soll der Stellenbestand zum 31.12.2013 von 51.600 um 695 auf 50.905 Stellen zum 31.12.2014 und zum 31.12.2016 auf 46.800 reduziert werden. „Wir haben heute schon einen Fehlbedarf an Fachkräften besonders in der technischen Verwaltung. In der Landesstraßenbaubehörde fehlen Bauingenieure und Straßenwärter, im Landesamt für Vermessung und Geoinformation Informatiker und Geoinformatiker, das Landesverwaltungsamt braucht Hoch-, Tief- und Wasserbauingenieure. Wer pauschal immer mehr Stellen abbaut und Neueinstellungskorridore auf ein Minimum reduziert nimmt in Kauf, dass

Aufgaben liegen bleiben und der Bürger warten muss", warnte Wagner.

Finanzminister Jens Bullerjahn räumte ein, dass der Personalabbau bisher hauptsächlich

durch Aufgabenverdichtung kompensiert wurde. Jetzt müssten die erforderlichen Anpassungen auch Aufgabenverlagerung und Aufgabenverzicht einschließen.
(05/15/13)

DSTG-Chef kritisiert Rabattverhandlungen Reicher bei Kirchensteuer: Konfessionsdatei wird wegen Personalmangels nicht aufgebaut

(dbb) Der Bundesvorsitzende der Deutschen Steuergewerkschaft (DSTG), Thomas Eigenthaler, hat die gängige Praxis kritisiert, nach der Reiche und Superreiche ihre Kirchensteuer in Absprache mit der Kirche herabsetzen können. „Finanziell besonders potente Bürger können mit den Bischöfen über die Höhe ihres Beitrages verhandeln.“ Dabei werde ausgehandelt, was beide Seiten „für angemessen“ erachten, sagte Eigenthaler, der auch stellvertretender dbb Bundesvorsitzender ist, am 15. April 2013 im Gespräch mit der „Neuen Westfälischen“.

Das Ergebnis der Verhandlungen werde den Finanzämtern durch eine „Kappungsmitteilung“ zur Kenntnis gebracht, in der die ermäßigte Steuerschuld festgesetzt wird. Eigenthaler schätzt die freiwilligen Mindereinnahmen auf einen höheren zweistelligen Millionenbetrag im Jahr. Allein im Finanzamt Stuttgart gingen „fast täglich Kappungsschreiben der Kirchenobligiertheit ein“, so der Steuergewerkschafter.

Auf eine Steigerung ihrer Einnahmen können die Kirchen durch den Aufbau einer „Konfessionsdatei“ hoffen. Durch diese Datei soll sichergestellt werden, dass jedes Kirchenmitglied seiner Steuerpflicht auf Kapitalerträge nachkommt. Eigenthaler rechnet jedoch nicht mit

einer schnellen Einführung der Datei und erinnert an die Verzögerungen bei der Einführung der elektronischen Lohnsteuerkarte. „Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble spart bei seinem Personal für die elektronische Datenverarbeitung.“

Da die Kirchensteuern bei der Einkommensteuererklärung als Sonderausgaben steuermindernd gelten gemacht werden können, subventioniert der Staat die Kirchen indirekt ebenso wie etwa Sportvereine. Wie die Neue Westfälische weiter berichtet, beträgt die Minderung nach Angaben des Bundesfinanzministeriums im Jahr 2013 rund 3,5 Milliarden Euro.
(06/15/13)

Namen und Nachrichten

(dbb) Der Vorsitzende des BBW Beamtenbund Baden-Württemberg, **Volker Stich**, hat an die baden-württembergische Landesregierung appelliert, ihre Sparbeschlüsse zu korrigieren. „Ich fordere Grün-Rot auf, die verschobene Gehaltserhöhung zu überdenken. Was beschlossen wurde, muss noch einmal auf den Prüfstand“, forderte Stich, der auch stellvertretender dbb Bundesvorsitzender ist, in den „Stuttgarter Nachrichten“ (Ausgabe vom 16. April 2013). Die grün-rote Landesregierung hatte beschlossen, die Tarifierhöhung des öffentlichen Dienstes von 2,6 Prozent (2013) und

2,9 Prozent (2014) nur zeitversetzt auf die Beamten des Landes zu übertragen.

Nach Schätzung der Deutschen Steuergewerkschaft (DSTG) haben deutsche Anleger erhebliche Geldbeträge am deutschen Fiskus vorbei ins Ausland geschafft und in den so genannten Steueroasen versteckt. 40 bis 50 Milliarden Euro seien allein in Luxemburg geparkt, in Österreich zehn bis 15 Milliarden Euro. „Ich gehe davon aus, dass es weltweit 400 Milliarden Euro sind“, zitiert die Sonntagsausgabe des Berliner „Tagesspiegel“ am 14. April 2013 den DSTG-Chef und stellvertretenden

dbb Bundesvorsitzenden **Thomas Eigenthaler**.

Sandra Kothe, Vorsitzende der dbb jugend, hat die Tarifeinigung für die Beschäftigten des Landes Hessen begrüßt: „Gut einen Monat nach dem Abschluss mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) in Potsdam zieht Hessen nach und hält damit Anschluss an die Einkommens- und Beschäftigungsbedingungen der Arbeitnehmer in den übrigen Bundesländern“, sagte Kothe am 16. April 2013 in Berlin. Besonders positiv bewertete die dbb jugend-Chefin das Tarifiergebnis für die Auszubildenden des Landes Hessen: Sie erhalten ab 1. Januar 2013 dauerhaft 50 Euro mehr, zum 1. Januar 2014 steigen ihre Vergütungen noch einmal um drei Prozent: „Das ist sogar ein bisschen besser als der TdL-Abschluss.“ Ebenfalls analog zum TdL-Ergebnis wurde eine Übernahmegarantie für Azubis vereinbart: Bei vorausgesetztem Bedarf werden alle nach bestandener Abschlussprüfung für zwölf Monate übernommen – im Anschluss bei entsprechender Bewährung unbefristet. Zudem haben die Auszubildenden – ebenfalls wie im Bereich der TdL – Anspruch auf 27 Urlaubstage im Jahr. Kothe forderte das Land Hessen zugleich auf, „den Tarifabschluss jetzt unverzüglich auf die Landes- und Kommunalbeamten zu übertragen: Das ist ein Gebot der Fairness und der Gerechtigkeit.“

Nach dem Anschlag auf den Boston-Marathon hat der Bundesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPOLG), **Rainer Wendt**, eingeräumt, dass derartige Terroranschläge auch in Deutschland möglich sind: „Natürlich kann das auch bei uns passieren. Wir haben viele Großveranstaltungen, wie etwa Bundesliga-Spiele oder den Hamburg-Marathon, die nur schwer zu schützen sind“, sagte Wendt der „Bild“-Zeitung (Ausgabe vom 17. April 2013). „Die Polizei und andere Sicherheitsbehörden arbeiten Hand in Hand, um solche Anschläge zu verhindern. Aber es bleibt immer ein Restrisiko. Gegen Feigheit und Hinterhältigkeit oder gegen fanatische Einzeltäter kann man sich nicht schützen.“

Unter der Schirmherrschaft von Bundeskanzlerin Angela Merkel veranstaltet der **Berufsverband der Lehrerinnen und Lehrer an Beruflichen Schulen** (BLBS) vom 25. bis 27. April 2013 in Potsdam seinen 24. Deutschen Berufsschultag. Das Fachforum steht in diesem

Jahr unter dem Motto „Berufliche Schulen sichern Zukunft“.

Unter der Leitung von **Jürgen Böhm**, dem Bundesvorsitzenden des Verband Deutscher Realschullehrer (VDR) hat am 12. und 13. April 2013 in Fulda der VDR-Arbeitskreis „Neue Medien“ getagt. Das Gremium ist aus einer Gruppe von Medienfachleuten des Verbandes hervorgegangen, die seit dem Sommer 2012 Vorschläge zu dessen Präsenz in den neuen Medien erarbeitet hat. Inzwischen gehören der AG Vertreter aus fast allen Landesverbänden an. Damit soll sichergestellt werden, dass die schulpolitischen Besonderheiten in den einzelnen Bundesländern angemessen berücksichtigt werden können. „Es ist von großer Bedeutung, dass heute alle Kanäle der Information genutzt werden, um Informationen über bildungspolitische Entwicklungen in allen Bundesländern schnell und umfassend zu transportieren. Kinder, Jugendliche und Eltern müssen über die verschiedenen Wege in unserem differenzierten Schulwesen informiert werden, um alle Chancen nutzen zu können.“, bilanzierte VDR-Chef Böhm die Ergebnisse der Arbeitskreis-Sitzung.
(07/15/13)